

Protokoll der 44. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Bildung, Jugend, Kultur und Soziales der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)/Lubin (Blota)

am: 04.03.2019 Ort: DGH Lubolz, Mühlenweg 10
5 Beginn: 17:00 Uhr Ende: 18:24 Uhr

anwesende Ausschussmitglieder:

Martin Kunze
Jens Richter
10 Günther Piesker
Peter Rogalla

anwesende sachkundige Einwohner:

Thomas Mietk

entschuldigte Ausschussmitglieder:

entschuldigte sachkundige Einwohner:

15 Harry Bogula
Stefanie Schirner
Susanne Nomine

unentschuldigte Ausschussmitglieder:

20 Marco Sell

unentschuldigte sachkundige Einwohner:

Gisela Christl

anwesende Verwaltungsangestellte:

Petra Streiber (FBL II) Victoria Handschick (SGL) Janine Jakwert (Protokollantin)

Gäste/ Bürger / Anwesende Interessierte:

25 Frau Kabitschke - Ortsvorsteherin Lubolz (TOP 4)
Frau Schirling - Lausitzer Rundschau

- öffentlicher Teil -

TOP 1 – Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Richter begrüßt die Anwesenden. Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen. Es sind 4 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und 1 sachkundiger Einwohner anwesend.

TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 3 – Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Hinweise oder Anfragen.

TOP 4 – Austausch mit dem Ortsvorsteher des Ortsteiles Lubolz

Herr Richter stellt fest, dass der Bildungsausschuss heute das erste Mal in Lubolz tagt.

Frau Kabitschke erklärt, dass die Erweiterung des Feuerwehrgebäudes aktuell im Ortsteil zu den wichtigsten Punkten gehört. Mit der geplanten Schaffung weiterer Räume sollen sowohl die Spinde der aktiven Einsatzkräfte der Ortswehr aus dem Garagenbereich ausgelagert, neue Toiletten geschaffen und auch die Betreuung der Jugendlichen und Kinder der Kids-Feuerwehr verbessert werden.

Mit Errichtung der zusätzlichen Toiletten erhofft man sich eine Entspannung der Situation. Wenn eine Veranstaltung im Dorfgemeinschaftshaus (DGH) stattfindet und die Kameraden von einem Einsatz zurückkommen, vermeiden diese die Nutzung der Toiletten, um die Veranstaltung nicht zu stören.

Sie schätzt es als vorteilhaft ein, dass Herr Bruse sowohl im Ortsbeirat vertreten ist und auch als Vorsitzender des Bauausschusses zeitnah über neue Entwicklungen berichten kann. Dadurch ist der Ortsbeirat dicht am Geschehen.

Ein weiteres Vorhaben ist die Sanierung des alten Wiegehäuschens. Dafür hat der Ortsbeirat schon mehrfach versucht Fördermittel einzuwerben.

Herr Richter fragt nach dem derzeitigen Stand der Realisierung des Anbaus.

Frau Streiber erklärt, dass die Ausschreibung und Vergabe der Planungsleistung erfolgt sind. Der Ortsteil und die Kameraden werden über den Fachbereich Bauwesen bei dem Vorhaben einbezogen.

Herr Rogalla möchte den Sachstand zur Feuerwehr-Sirene wissen.

Frau Streiber informiert, dass umfangreiche Stellungnahmen von den einzelnen Sachgebieten abgefordert wurden. Diese liegen weitestgehend vor. Die Standortsuche läuft weiterhin.

70 Frau Kabitschke lobt das Engagement vieler Lubolzer, ohne die viele Aktivitäten im Ortsteil nicht realisierbar wären.

75 Sie hatte angeregt, dass die Lubolzer, die sich ehrenamtlich engagieren, einen Nachlass von 50 Euro auf die private Nutzung des DGH zur Anerkennung ihrer Leistungen eingeräumt bekommen. Eine Entscheidung dazu ist ihr noch nicht mitgeteilt worden.

Herr Rogalla kommt auf das Thema der Verpflegung der Kameraden zurück, welches bei der Jahreshauptversammlung angesprochen wurde, und möchte wissen, ob es diesbezüglich etwas Neues gibt.

80 Frau Streiber erläutert, dass für die Feuerwehrmänner außerhalb der Satzung eine Erhöhung der Verpflegung ermöglicht wird. Der bisherige Betrag, der in der Satzung festgeschrieben war, ist recht gering und soll aufgrund der Anregungen erhöht werden.

Herr Richter schlägt einen Rundgang vor.

85 Während des Rundgangs erläutert Frau Kabitschke die gefährliche Situation für die Kameraden, die sich neben den Fahrzeugen umziehen müssen. Den begrenzten Platz für die Kids-Feuerwehr zeigt sie. Ebenso wie den Jugendclub und die Außenanlagen.

90 Nach der Besichtigung beendet Herr Richter den Tagesordnungspunkt.

TOP 5 – Information über die Unterbringung der Obdachlosen in der Stadt Lübben (Spreewald)

95 Anhand der Präsentation unter <http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1445.pdf> zeigt Frau Handschick den derzeitigen Stand der Unterbringung der Obdachlosen in 2 Wohnungen in der Goethestraße in Lübben und die vorhandenen Probleme mit den Nachbarn auf.

100 Aufgrund der bestehenden Probleme in der Nähe der Obdachlosenunterkunft (OLU) sieht sich die Verwaltung in der Pflicht, etwas zu unternehmen. In Abstimmung mit Herrn Freyer wurden die in der Präsentation genannten optionalen Standorte auf ihre Tauglichkeit untersucht. Im Ergebnis wurde der Standort in der Frankfurter Straße 57 mit den zu errichtenden Containern als beste Variante ermittelt.

Herr Piesker zeigt an, dass die künftige Ortsumfahrung in unmittelbarer Nähe zum angedachten neuen Standort des OLU in die Frankfurter Straße münden wird. Er bittet dies zu berücksichtigen.

105 Die anwesenden Stadtverordneten nehmen die vorgestellten Standortvarianten zur Kenntnis. Herr Richter schlägt vor, dieses Thema innerhalb der Fraktionen zu beraten und sich dann im April mit einer Favorisierung des Standortes in die Diskussion zu begeben.

Dem stimmen die Stadtverordneten zu.

110 Herr Mietk fragt, ob man den Mietern in der Frankfurter Straße ein OLU im Garten zumuten kann.

Herr Kunze fragt, wie Lübbenau die Unterbringung der Obdachlosen handhabt.

115 Frau Handschick führt aus, dass in Lübbenau ein Verein mit der Betreuung und Unterbringung beauftragt wurde. Die Stadt Lübbenau kümmert sich nur noch um die Einweisungsverfügung. Sie zeigt an, dass in Lübben vorwiegend junge, männliche Obdachlose in der Unterkunft sind.

120 Herr Richter erklärt, dass ein Pflegestützpunkt in der Nähe das Optimum wäre. Derzeit kümmert sich die Stadt nur um die Unterbringung der Obdachlosen. Er kritisiert die Abgelegenheit des favorisierten Standorts. Dadurch könnte Herr Lebe oder der künftig mit der Betreuung beauftragte Träger keine umfassende Betreuung durchführen.

125 Herr Rogalla hält die Unterbringung in den Wohnungen der LWG für ein Paradoxon. Als Mieter der LWG waren die Bewohner des OLU nicht mehr tragbar. Ziehen aber nach Erhalt der Einweisungsverfügung möglicherweise in eben jenes Umfeld zurück, da dort das OLU angesiedelt ist. Für ihn stellen die Betreuung und die sozialen Hilfestellungen die wichtigsten Punkte bei der Vermeidung der Obdachlosigkeit dar. Er erinnert daran, dass das Stadtteilbüro ausschließlich durch die Stiftung „Zum heiligen Geist“ finanziert wird und sich die Kommune nicht an den Kosten beteiligt.

130 Auch beim neuen Standort (Container/Frankfurter Str.) steht für ihn die steigende oder sinkende Anzahl der Obdachlosen in direktem Zusammenhang mit dem Maß der Betreuung.

Herr Richter stimmt dem zu. Er befürchtet, dass sich auch am neuen Standort die Probleme des dauerhaften Wohnens fortsetzen. Daher spricht er sich weiterhin für regelmäßige Kontrollen aus.

135 Frau Streiber erklärt, dass die Standortverlagerung aufgrund des Druckes auf die LWG erforderlich ist, da die Obdachlosunterkunft und das Verhalten der dort wohnenden Personen dem Ansehen des Wohngebietes abträglich sind. Die erforderlichen Gelder sind für das Jahr 2020 vorgesehen. Sie erbittet eine Rückmeldung der Stadtverordneten vor der Kommunalwahl.

140 Herr Richter bittet um Weitergabe der Präsentation an die Fraktionsvorsitzenden.

TOP 06 – Anfragen/Hinweise öffentlicher Art

145 Herr Rogalla informiert, dass Frau Schirner ab sofort nicht mehr für die Fraktion als Sachkundige Einwohnerin tätig ist.

Herr Richter übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Kunze.

150 Herr Richter fragt nach der aktuellen Belegung der Kitas.

Frau Streiber informiert, dass 16 Anträge vorliegen, 8 davon von neu zugezogenen Familien seit Oktober 2018. Aktuell hat die Stadt 10 freie Plätze in den Einrichtungen. Diese betreffen allerdings nicht nachgefragte Altersgruppen.

155 Herr Richter bittet künftig um fortlaufende Mitteilung zur Entwicklung der Kinderzahlen und der Besetzung der Kitas. Er schlägt vor, sich in Nachbarkommunen nach freien Kitaplätzen zu erkundigen, die verzweifelten Eltern als letzte Notlösung weitervermittelt werden könnten. Er kritisiert, dass die Stadt um neue Familien wirbt und dann nur eine schlecht ausgebaute Infrastruktur vorzuweisen hat. Er weist diesbezüglich auf einen Artikel, den er Frau Streiber weiterreichen wird.

160 Frau Streiber bezweifelt, dass andernorts viele Plätze frei sind, wird dem Vorschlag jedoch gern nachkommen. Sie stimmt zu, dass die Erwartungshaltungen der Neulübbener sehr hoch sind und die Stadt diese nicht immer erfüllen kann.

165 Sie informiert, dass eine Überarbeitung der Bedarfszahlen beim Landkreis angeregt wurde, die Stadt aber noch auf das Ergebnis wartet.

170 Herr Rogalla kritisiert, dass die Schaffung weiterer Kindergartenplätze (auch durch freie Träger) seit Sommer 2017 im Gespräch ist und sich immer noch kein Ergebnis abzeichnet. Auch mögliche Szenarien für die Schaffung einer "schnellen Kita" sind derzeit nicht ersichtlich oder in der Beratung. Ihm ist klar, dass bestimmte Aspekte vorher zu klären sind. Jedoch haben die Stadtverordneten noch nicht einmal eine Information, welche Möglichkeiten der Realisierung überhaupt denkbar wären.

175 Frau Streiber stellt klar, dass eine umfassende Betrachtung erforderlich ist. Dazu zählt auch die Prüfung rechtlicher Aspekte bei Grundstücksvergaben an freie Träger zur Errichtung einer Kita. Derzeit werden intern Container- und Modulbauvarianten diskutiert. Wichtig ist der Verwaltung, dass bei einem Bau einer „schnellen Kita“ eine Phase 0 und ähnlich langwierige Prozesse ausgeschlossen werden können. Die Stadt plant perspektivisch den Bau von 2 weiteren Kitas. Weiterhin erinnert sie an die Haushaltssperre.

180 Herr Richter hat es bisher so verstanden, dass vorrangig die Schaffung von neuen Kindergarten- und Kitaplätzen in kommunalen Kitas im Blick war.
Er stellt die Nichtöffentlichkeit um 18:22 Uhr her.